

*Knallharte Fakten und leere Versprechungen – Wie sich Politiker mit Hilfe eines Fluglotsen der Bundesluftwaffe aus ihrer Verantwortung für den täglichen Fluglärmterror über der Westpfalz und dem Saarland stehlen wollen!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 017/06 – 10.02.06**

## **Deutscher Hauptmann kämpft an vorderster Front für die US-Air Force**

**Ramsteiner Fluglärmterror aus militärischer Sicht unabänderlich!  
Muss das so bleiben?**

Eine Shakespeare-Komödie trägt den Originaltitel „Much Ado About Nothing“. Die Schmierkomödie, die nach Kübelberg jetzt auch in Hütschenhausen aufgeführt wurde, läuft unter dem etwas veränderten deutschen Titel „Viel Lärm und Nichts“, was die fluglärmterrorisierten Anwohner entlasten könnte.

Die hilflose Wut empörter Bürger ist vor Wahlen Politikern aller Parteien äußerst unangenehm. Deshalb lassen sie jetzt einen sprachgewandten Hauptmann der Bundesluftwaffe, den Fluglotsen Roberto Fugenzi, über die fluglärmgeplagten Dörfer tingeln und an Hand projizierter Karten und Flugskizzen erläutern, dass nur so und nicht anders in Ramstein gestartet und gelandet werden kann, und Hütschenhausen, Spesbach und andere Orte im Westen und Osten der US-Air Base Ramstein deshalb dauerhaft den infernalischen Fluglärm zu ertragen haben.

Anwesende Landes- und Kommunalpolitiker versuchen den Eindruck zu erwecken, sie hätten schon immer versucht, den Fluglärm zu verringern, und seien auch weiterhin darum bemüht, in schwierigen Verhandlungen wenigstens partielle Verbesserungen für einzelne Gemeinden zu erreichen. Eine „technische Arbeitsgruppe“ soll die Abflugverfahren optimieren, damit bei Starts Ortschaften nicht mehr direkt überflogen werden. Mit „Ergebnissen“ ist aber erst Ende Mai zu rechnen, wenn die Landtagswahl längst vorbei ist und die westpfälzischen Landtagsabgeordneten – wie sie immer noch hoffen – wiedergewählt weitere vier Jahre in Lethargie versinken können.

Der hessische CDU-Ministerpräsident Koch und der rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsident Beck haben gemeinsam dafür gesorgt, dass die US-Air Force aus Frankfurt nach Ramstein übersiedeln konnte. Mit über 400 Millionen Euro aus deutschen Steuergeldern, davon 30 Millionen aus unserem Bundesland, wird die US-Air Base ausgebaut. Die für die Erweiterung notwendigen Grundstücke stellte die Stadt Ramstein-Miesenbach widerspruchslos zur Verfügung. Alle Lokalpolitiker rechtfertigten den Ausbau in Kenntnis der zu erwartenden steigenden Lärmbelastung mit erhofften wirtschaftlichen Vorteilen, die sich inzwischen als grandiose Fehlspekulationen erwiesen haben.

Die US-Air Force brauchte nur ihre Forderungen anzumelden, und deutsche Beamte in militärischen und zivilen Dienststellen taten alles, um auch die ausgefallensten US-Wünsche schnellstmöglich mit deutschem Geld zu realisieren. Deutsche Gerichte in Neustadt und Koblenz leisteten juristische Beihilfe, um jede Bauverzögerung zu verhindern. Bis heute kämpfen zivile Beamte der rheinland-pfälzischen Landesregierung und der Wehrbereichsverwaltung Wiesbaden mit Soldaten der Bundeswehr in vorderster Front gegen die einheimische Bevölkerung, um auf deren Kosten und zu deren Lasten die militärischen Interes-

sen der US-Streitkräfte durchzusetzen.

Kein vor Ort oder in Mainz an den Schalthebeln der Macht sitzender Politiker wollte etwas verhindern. Alle Parteien haben tatkräftig am Zustandekommen der heutigen Misere mitgewirkt. SPD, FDP und CDU sind gemeinsam verantwortlich. Die rheinland-pfälzischen GRÜNEN haben – wohl mit Rücksicht auf Fischers außenpolitischen Kurs – nur gelegentlich und nicht besonders konsequent Einspruch erhoben. Angesichts der Landtagswahl soll natürlich von dieser fatalen Allparteienkoalition gegen Bürgerinteressen in der Westpfalz abgelenkt werden.

Es ist höchste Zeit, eine ernüchternde Bilanz zu ziehen: Die US-Militärs haben sich – sicher hocheifrig – auf Kosten der deutschen Steuerzahler ihre wichtigste Militärbasis (s. LP 012/06) zu einem der modernsten und leistungsfähigsten Luftdrehkreuze der Welt ausbauen lassen. Von dieser größten, verkehrsreichsten und besten Base der Air Force aus gedenken sie ihre laufenden und künftigen völkerrechtswidrigen Angriffskriege auch weiterhin mit Unterstützung der Bundes- und Landesregierung zu führen, ohne Rücksicht auf die terrorisierten, ständig gefährdeten Anwohner.

US-Familien werden aus den besonders starkem Fluglärm ausgesetzten Orten wegziehen. Die dort ansässigen Hausbesitzer und Vermieter werden auch für niedrigere Mieten keine Nachfolger finden. Die Hoffnung, dass derzeit besonders betroffene Ortschaften wie Spesbach und Hütschenhausen künftig seltener oder in größerer Höhe überflogen werden, hat sich nach den Ausführungen des Fluglotsen Fugenzi als aussichtslos erwiesen.

Wenn im Jahr 2007 das neue KMCC, dieser riesige Einkaufs-, Amüsier-, Gaststätten- und Hotelkomplex auf der Air Base, öffnet, werden die ohnehin geringen Umsätze einheimischer Dienstleister mit einschlägigen Angeboten gegen Null tendieren.

Die Zahl der überwiegend gering qualifizierten Arbeitsplätze in den US-Einrichtungen wird weiter sinken, die Nachfrage nach deutschem Wohnraum wird bei abnehmender Truppenstärke jährlich zurückgehen.

Uns allen bleiben der täglicher Fluglärmterror, die wachsende Schadstoffbelastung, das deshalb stark erhöhte Erkrankungsrisiko, die ständige Gefahr für Leib und Leben durch mögliche Unfälle in Atomwaffen- oder sonstigen Munitionslagern und durch drohende Abstürze von Flugzeugen mit vollen Tanks und hochexplosiver Ladung.

Für die Westpfalz kann es nur eine Lösung geben: Die US-Air Base Ramstein muss geschlossen werden. Nur dann können ihre völkerrechts- und grundgesetzwidrige Nutzung verhindert und alle Gefahren und Belastungen für die Anwohner beseitigt werden. Eventuelle wirtschaftliche Einbußen werden in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen sein, wenn eine fluglärm- und atomwaffenfreie Westpfalz endlich ihre in mehreren Gutachten prognostizierten großartigen zivilen Entwicklungsmöglichkeiten (IKT-Zentrum, Tourismus) nutzen kann und viele neue Einwohner anlocken wird.

Eine andere Mehrheit in Mainz könnte die Bundesregierung zur Kündigung des Stationierungsvertrages und zur Schließung der Air Base Ramstein auffordern. Die Landtagswahl eröffnet uns Chancen für eine friedliche Zukunft. Wir sollten sie nutzen.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**